

15.04.2017

Der Nordschleswiger

Die Minderheiten-Initiative holt die Politik ins Boot

Am kommenden Mittwoch stellen Vertreter der Minderheiten die Minority SafePack Initiative im Folketing vor

Kopenhagen Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes wird Folgen haben: Eine Million Unterschriften für die Vielfalt in Europa. Nachdem die EU-Kommission auf richterlichen Einspruch hin die europäische Bürgerinitiative Minority SafePack nun doch zugelassen und registriert hat, bereitet sich die Initiative auf die Unterschriftensammlung vor.

Vor über vier Jahren haben die Mitglieder der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) die Bürgerinitiative auf ihren Weg gebracht. Jetzt wird die Aktion auch in Dänemark aktiv beworben.

Am kommenden Mittwoch stellen Vertreter der Aktion ihr Vorhaben im Folketing vor. FUEN-Präsident Loránt Vincze, Hinrich Jürgensen, Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nord-

schleswiger (BDN), Hans Heinrich Hansen, die Kieler Minderheitenbeauftragte Renate Schnack und Jens A. Christiansen, Generalsekretär des Südschleswigschen Vereins (Sydslesvigsk Forening, SSF), werden auf Christiansborg über die Minority SafePack Initiative informieren.

SSF-Generalsekretär Jens A. Christiansen zufolge ist es eine gemeinsame Idee des Dialog-Forums Norden, des SSF und des BDN. Ziel sei es, so Christiansen, der mit seinem Büro auf Christiansborg die Veranstaltung organisierte, die Initiative unter den dänischen Folketing-Politikern bekannt zu machen, nach vorn zu bringen. „Die Veranstaltung kam vor der Mitteilung der EU Kommission zustande, jetzt hat sie ein anderes Gewicht bekommen. Wir freuen uns, dass Mette Bock (Kultur- und Kirchenministerin sowie

Minderheitenverantwortliche der dänischen Regierung, Anm. d. Red.) zugesagt hat, über die deutsch-dänische Grenzregion in einer europäischen Perspektive zu sprechen“, so Christiansen und ergänzt: „Wir müssen laufend am Ball bleiben und die Parlamentarier über unser Anliegen informieren.“

Hinrich Jürgensen unterstreicht, wie wichtig die Initiative ist. Minderheiten seien in Europa stark in Bedrängnis, das habe nicht zuletzt der vergangene FUEN-Kongress gezeigt.

„Frankreich lässt keine offiziellen Minderheiten zu, und in den östlichen europäischen Ländern werden deren Rechte zurückgedrängt.“ Deshalb sei es wichtig, die dänische Regierung von der Initiative zu überzeugen, in Brüssel brauche man Fürsprecher für die Minderheiten. *hm/swa*

© 2017 PMG Presse-Monitor GmbH